

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934

176 (31.7.1934)

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig. D. A. 3500 VI.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamthalt: L. Dups, Durlach.



Anzeigeberechnung: Die 6gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Restamezeile 18 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Nachschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezücker keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 176

Dienstag, den 31. Juli 1934

106. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

In der ausländischen Presse spielen die Erörterungen über ein Eingreifen der Mächte oder eine Anrufung des Völkerbundes die Hauptrolle. Der englische Außenminister Simon lehnte im Unterhaus beides ab.

Die italienische Presse macht in ihren Beschimpfungen und Verleumdungen gegen Deutschland weiter.

In Paris, Prag und Belgrad zeigt man Unbehagen über Italiens Haltung zur österreichischen Frage.

Die Rückkehr des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ von seiner Südamerikafahrt steht bevor.

In Wien sollen dieser Tage die ersten Verhandlungen vor dem Militärgerichtshof stattfinden, um die Aufständischen abzurufen. Der Dolfuß-Mörder Planetta hat ein Geständnis abgelegt.

Die Auflösung des memelländischen Landtags wird bestritten. Die Neuwahlen sucht man zu verschieben — ein neuer Rechtsbruch.

Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ hat sich die französische Regierung mit der Kleinen Entente dahin verständigt, daß im Falle der Wiedereinsetzung der Habsburger in Oesterreich die Kleine Entente mobil machen soll.

Bei einer Explosion einer Dampfmaschine auf einem Gute bei La Rochelle kamen sechs Personen ums Leben. Mehrere wurden schwer verletzt.

Der bisherige österreichische Gesandte in Berlin, Tauschig, wird in seinem Amt weiter verbleiben und in den nächsten Tagen nach Berlin zurückkehren.

Nach Berichten aus Kärnten haben weitere 300 Aufständische die südlawische Grenze überschritten, insgesamt also 2000. Sie wurden nach Ustübb im Innern Serbiens in ein Internierungslager gebracht.

Der Sozialismus im Reichsnährstandgesetz

Berlin, 30. Juli. In einem Vortrag vor Vertretern der Presse sprach Dr. A. Herrmann über das Thema: „Der Sozialismus im Reichsnährstandgesetz — Die Bodenfrage als Schlüssel zum Verständnis des sozialen Problems“. Dr. Herrmann führte u. a. aus:

Gleichzeitig mit der sich vollziehenden Bauernbefreiung entstand das moderne Bodenproblem. Das 19. Jahrhundert stellte den Bauern mitten in die sich rasant entwickelnde hochkapitalistische Entwicklung. Die römisch-rechtliche Gestaltung seines Eigentumsrechtes gestattete dem Bauern, seinen Grund und Boden ganz oder teilweise zu veräußern oder aber ganz oder teilweise frei zu vererben. Die nationalsozialistische Agrar- und Bauernengesetzgebung hat im Sinne des deutschen Sozialismus nicht den Weg der Verstaatlichung des Grund und Bodens beschritten, sondern hat für das Eigentum des Erbhofbauern an Grund und Boden ein völlig neues, d. h. vom römisch-rechtlichen abstrakten Eigentumsbegriff des BGB. völlig abweichendes Eigentumsrecht entwickelt. Es wäre falsch, vom alten Eigentumsbegriff des BGB. ausgehend, von einer Beschränkung des Eigentums des Erbhofbauern zu sprechen.

Drei grundlegende revolutionäre Bestimmungen bilden die Capitel des Reichserbhofgesetzes.

1. Der Erbhof ist nicht mehr veräußerlich. Mit dieser gesetzlichen Bestimmung hat der Boden den Charakter einer Handelsware wieder abgetrennt. Die Frage, wie wir die Gesamtheit unserer Volksgenossen aus eigenem Grund und Boden ernähren können, ist heute mehr denn je Kern der sozialen Frage überhaupt. Die Voraussetzung für die Lösung dieser Aufgabe ist die Lösung der Bodenfrage.

2. Der Erbhof ist nicht mehr frei vererblich. Das Gesetz schlägt sowohl eine Teilung wie eine Belastung des Erbhofes zu diesem Zwecke aus.

3. Der Erbhof ist nicht mehr belastbar. In Verbindung mit dem jetzt bestehenden Vollstreckungsschutz glauben einerseits viele Bauern, sie brauchen in Zukunft nicht für ihre Schulden einzustehen. Der Bauer muß fähig sein, seinen Hof ordnungsgemäß zu bewirtschaften. Dazu gehört auch die Bezahlung der Schulden, soweit dies bei ordnungsmäßiger Wirtschaft möglich ist. Andernfalls kann ihm die Verwertung und Ausgliederung des Erbhofes auf eine gewisse Zeit oder auf die Dauer entzogen werden. Auf der anderen Seite ist die Auffassung, daß nach Fortfall der Möglichkeit einer hypothetischen Sicherheit eines Darlehens der Erbhof keine Sicherheit mehr

dietet, unhaltbar. Das RRG. sieht eine zusätzliche Kreditversicherung durchaus vor. Diese liegt teilweise in der Disziplinargewalt des Reichsnährstandes gegenüber dem Erbhofbauern und teils in der Eigenschaft des Reichsnährstandes als Körperschaft des öffentlichen Rechts.

In Zukunft werden für den Agrarkredit folgende Grundsätze Geltung haben: Es entspricht der nationalsozialistischen Auffassung, 1. daß das Kapital nur dort einen Anspruch auf Zinsen habe, wo diese aus den Erträgen gezahlt werden können. Ein zu einem bestimmten Zeitpunkt durch Kündigung fällig zu machender oder fällig werdender langfristiger Kredit darf in Zukunft zunächst im Bereich der Erbhofwirtschaft nicht mehr Verwendung finden. 2. Kredite, die nicht produktiv in landwirtschaftlichen Betrieben festgelegt werden sind in Zukunft nicht mehr denkbar. Der künftige Erbhofkredit soll grundsätzlich ein möglichst aus den Erträgen eines Jahres abdeckbarer Perionalkredit sein. Die Versorgung der Landwirtschaft und vor allem der Erbhöfe mit Krediten kann in Zukunft nicht mehr dem Bauern und Landwirt überlassen werden. Um einerseits den Bauern künftig vor wirtschaftlich nicht gerechtfertigter Verschuldung zu schützen und andererseits auch zum Schutz der Kreditgeber und Sparer durch eine Kreditkontrolle, die die produktive Verwendung des Kredites sichert, müsse der Reichsnährstand Organe schaffen, die zwischen Bauern und Kreditgeber die erwähnte doppelte Funktion ausüben. Solche Organe würden eine Erleichterung des Kreditzuitromes insofern bedeuten, als sie in der Lage wären, die lästige öffentliche Haftung des Reichsnährstandes zu realisieren. Weiterhin würden diese Organe dem Reichsnährstand die Handhabe für die Durchführung einer Kreditsteuer geben, die darauf abzielen würde, eine möglichst rationelle Ausnutzung des gesamten bäuerlichen Grund und Bodens allmählich durchzuführen.

Zur Lage in Oesterreich

Die Kämpfe in Kärnten

Eine uneinnehmbare Felsenstellung der Aufständischen Wien, 30. Juli. Ein sehr interessanter Bericht traf am Montag aus Kärnten ein. Während im allgemeinen die Ruhe im ganzen Bundesgebiet wieder hergestellt ist, haben sich 300 Aufständische unter Führung des gräflichen Thurn'schen Försters Josef Wölz auf dem Rabenstein an einer kleinen Felsgruppe an der südlawischen Grenze festgesetzt. Sie weigern sich, sich zu ergeben und haben die mit uneinnehmbare Felsenstellung schwer verschanzt. Von südlawischer Seite aber, wo der Zugang leichter ist, werden sie von den Bewohnern mit Nahrung versorgt. Die Heeresgruppen haben Parlämentäre zu Wölz geschickt mit der Aufforderung, er möge sich ergeben. Wölz wies dieses Ansinnen ab und erklärte, daß er bestimmt wisse, die Sache der Aufständischen könne knapp vor dem Siege. Augenblicklich lauten Verhandlungen zwischen der österreichischen und der südlawischen Regierung, um die Einziehung von Artillerie aus österreichischer Seite zu ermöglichen. Es besteht nämlich die Gefahr, daß abirrende Geschosse auf südlawischen Boden niedergehen. Bis jetzt scheint die Genehmigung von der südlawischen Regierung noch nicht erteilt worden zu sein. Der Sicherheitsdirektor von Kärnten, Oberst Varger, hat sich mit dem Stabe der ganzen Kärntner Heeresgruppe zum Kampfplatz begeben. Die Möglichkeit einer Gefangenahme besteht überhaupt nicht, da eine Umzingelung der Aufständischen nicht durchgeführt werden kann. Man will die Aufständischen nur auf südlawisches Gebiet drängen.

Militärgerichtshof in Wien am Dienstag

Wien, 30. Juli. Der neugegründete Militärgerichtshof, der die an dem Aufstand beteiligte Gruppe aburteilen soll, ist zunächst auf Dienstag einberufen worden. Der Gerichtshof, der aus einem von der Regierung ernannten Richter und drei Offizieren besteht, ist bereits gebildet. Es besteht jedoch die Möglichkeit, daß der Beginn der Verhandlungen noch weiter hinausgeschoben wird. Die Regierung wird Ende der Woche einen amtlichen Bericht über die Ereignisse des 25. Juli veröffentlichen. Der Gesandte Dr. Rintelen ist in das Gefängnis-Krankenhaus übergeführt worden und befindet sich im Zustande der Haft.

Das Standrecht für Wien bleibt bis auf weiteres aufrechterhalten. Die Haustore müssen auch weiterhin um 20 Uhr, die Gasstätten um 22 Uhr gesperrt werden.

Geständnis des Dolfuß-Mörders

Wien, 30. Juli. Wie verlautet, hat der verhaftete Aufständische Otto Planetta gestanden, den Bundeskanzler ermordet zu haben. Das Kaliber seiner Waffe stimmt mit der Schußöffnung überein. Er habe angegeben, den Mord aus Rache wegen seiner Entlassung aus dem Bundesheer begangen zu haben.

Erklärung der südlawischen Gesandtschaft in Berlin

Berlin, 30. Juli. Die südlawische Gesandtschaft in Berlin teilt mit: Gegenüber den Ereignissen in Oesterreich ist der Standpunkt der südlawischen Behörden vollständig korrekt. Es wird eine strenge Kontrolle an der Grenze vorgenommen und von dringendem Interesse sind die Propagandaschlüsse, die keine Rede sein. Bisher sind 700 österreichische Flüchtlinge auf der Linie Maribor—Dravograd (Marburg—Drauburg) mit 200 Gewehren, einem Maschinengewehr und einigen Revolvern festgenommen, sofort entwaffnet und interniert worden. Die Be-

wegungen an der Grenze werden mit offenen Augen beobachtet und es wird allen Stellen zur Pflicht gemacht, die Ruhe zu bewahren. Es wurde alles Notwendige veranlaßt, um die Sicherheit der Grenze zu gewährleisten und die korrekten Beziehungen zu Oesterreich aufrechtzuerhalten. Die südlawische Regierung ist der Ansicht, daß im Falle besonderer Bemerkungen einzig und allein der Völkerbund zuständig ist, um über die österreichische Frage als internationales Problem zu entscheiden. Jede andere einseitige Maßnahme bzw. eine Intervention wäre eine Verletzung der Friedensverträge und könnte weitere Folgen hervorrufen.

Prager Unbehagen über die Entwicklung

Der italienischen Politik

Prag, 30. Juli. Auch in der tschechoslowakischen Regierungspresse beginnt sich die Besorgnis gegenüber einem wachsenden Einfluß Italiens in Oesterreich abzuzeichnen. So gibt der bekannte Vorkämpfer der dem Prager Außenministerium nahestehenden „Lidove Doping“, Hubert Ripka, einen großen Teil der Schuld an der Entwicklung in Oesterreich der Tatsache, daß sich durch italienischen Einfluß das Regime Dollfuß dem Autokratismus in die Arme geworfen habe. Der europäische Friede werde nicht durch Diktaturen, sondern einzig und allein durch die Kraft der Demokratie aufrecht erhalten.

Das „Azer Pondelnik“, das Montagblatt der tschechisch-nationalen Sozialen, der Partei des Außenministers, äußert sich: Eine Regierung, die sich nur auf die Heimwehren stützen wollte, hätte hinter sich eine Minderheit und zwar noch dazu eine solche, die sich schwer zur Tat entschließen könne. Weiter schreibt das Blatt, Starhemberg müsse abgelehnt werden, da er kein Staatsmann sei und außerdem ständig mit den Habsburgern kokettiere. Eine Rückkehr Ottos auf den österreichischen Thron sei unmöglich und würde unbedingt internationale Komplikationen hervorrufen.

Italienische Unaufrichtigkeiten

Mailand, 30. Juli. Die italienische Presse setzt ihren antideutschen Feldzug mit unerminderter Heftigkeit fort und überschlägt sich vor Zorn über die trübselige Zurechtweisung ihres Tones durch deutsche Zeitungen. In allen Zeitungen erscheint überdies der Artikel des „Giornale d'Italia“, der die Verantwortung Deutschlands am 1. Jänner 1934 auf Grund von „Beweismaterial“ dazumal soll. „Die internationale Situation“, so schreibt das Blatt, „näher sich einer Klärung. Die Hauptgesichtspunkte sind die folgenden: Die Unabhängigkeit Oesterreichs ist gesichert vor allem durch den Willen des Volkes (1). Heer, Heimwehr und Vaterländische Front ständen hinter der Regierung. Bei den Aufständen in Tirol, Steiermark und Kärnten handle es sich um vereinzelte Verurtheile. Italien werde keine diplomatischen Schritte unternehmen und sich auch nicht an einem etwaigen Kollektivschritt beteiligen. Das sei nicht schicksalhaftiger Stil. Italien greife die konkreten, direkten Aktionen vor, die den Horizont geklärt hätten. Oesterreichs Unabhängigkeit sei eine der Bedingungen des Friedens in Europa. Deutschland könne zurück erwerben, was es für gut und plausibel erachte, im Orient, im Norden und in den Kolonien, aber es könne keine Rechte, weder aus dem Kriege noch aus dem Frieden auf Oesterreich herleiten. Das sei ein unabhängiger und souveräner Staat gewesen und werde es bleiben.“

Es folgen dann neue schulmeisterliche Zurechtweisungen der deutschen Presse.

Verhandlung gegen die Dolfuß-Mörder

Wien, 30. Juli. Die Standgerichtsverhandlungen gegen die Aufständischen vom 25. Juli haben bereits am Montag nachmittag vor dem Militärgerichtshof begonnen. Den Vorsitz führt der Insanterieinspektur von Wien, Generalmajor Oberwieser. Der Generalstaatsanwalt Dr. Truppsy vertritt die Anklage. Die Verhandlungen haben mit dem Verhör der beiden als Mörder von Dr. Dollfuß angeklagten früheren Wehrmännern Planetta und Holzweber begonnen.

Eine Kompanie Infanterie bewacht das Landesgericht, in dem die Verhandlung stattfindet. Nach der Aburteilung der beiden unmittelbaren Mörder soll unverzüglich die Verhandlung gegen die Aufständischen beginnen, die die Ravaq beletzten. Aus dem bisherigen Verhör der Aufständischen konnte noch nicht ermittelt werden, von welcher Seite der Auftrag zum Beginn des Aufstandes erteilt worden ist. Die Aufständischen erklären in der Untersuchung, darüber nichts zu wissen. Die Herkunft der Uniformen der Aufständischen ist jedoch zum großen Teil bereits aufgeklärt worden. Teils wurden die Uniformen vom Althändler gekauft, teils gehörten sie den Aufständischen aus ihrer früheren aktiven Dienstzeit, teils sollen sie für den Aufstand von einem Schneider angefertigt worden sein. In unterrichteten Kreisen erwartet man, daß von den 144 verhafteten Aufständischen nur gegen die ein Todesurteil gefällt werden wird die unmittelbar als die Mörder des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß oder als die Haupttrübselstäter anzusehen sind. Es besteht der Eindruck, daß die Regierung die Absicht hat, so weit wie möglich Entlastungsmomente gelten zu lassen.

Dr. Rintelen polizeilich vernommen

Wien, 30. Juli. Der Gesandte Dr. Rintelen ist am Montag zum ersten Male im Krankenhaus polizeilich vernommen worden. Der Zustand Dr. Rintelen soll sich so weit gebessert haben, daß seine Vernehmung möglich war. Man hofft, durch

